

IWF senkt Wachstumsprognose für Deutschland, Hellofresh-Aktie bricht ein, Bürgergeld anstatt Hartz IV?

IWF senkt Wachstumsprognose für Deutschland

In diesem und im nächsten Jahr traut der Internationale Währungsfonds (IWF) der deutschen Wirtschaft ein vergleichsweise mageres Wachstum zu. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte 2022 um 1,2 Prozent zulegen und danach nur noch um 0,8 Prozent, wie der IWF zu seinem aktualisierten Deutschland-Bericht mitteilte. Der Krieg in der Ukraine sorgt für neuen Gegenwind. Noch im Mai 2022 hatte der Fonds erklärt, das Wachstum werde sich von 2,9 Prozent abkühlen und 2023 bei etwas mehr als zwei Prozent liegen. Vergangenes Jahr hatte er noch 3,9 Prozent vorhergesagt. Ein kompletter Ausfall der russischen Gasimporte würde das deutsche Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,5 Prozent senken, im folgenden Jahr um 2,7 Prozent und im Jahr 2024 um 0,4 Prozent. ([Spiegel Online](#))

Hellofresh-Aktie bricht ein

Wegen größerer Unsicherheiten infolge des Ukraine-Krieges und einer schlechteren Verbraucherstimmung wird der Kochboxen-Versender Hellofresh skeptischer. Zwar lief das zweite Quartal 2022 besser als von den Analysten erwartet, aber weil sich das konjunkturelle Umfeld seit der ursprünglichen Prognose im vergangenen Dezember 2021 deutlich eingetrübt hat und sich zudem die Inflation bemerkbar macht, rechnet der Vorstand für 2022 nun mit einem geringeren Wachstum bei Umsatz und operativen Gewinn. Daraufhin ging es an der Börse abwärts: In der Spitze verlor die im Dax notierte Aktie mehr als 14 Prozent. Damit haben die Papiere seit Jahresbeginn mehr als

die Hälfte ihres Wertes verloren. Der Konzernerlös solle 2022 währungsbereinigt nur noch um 18 bis 23 Prozent steigen, teilte das im Dax notierte Unternehmen überraschend in Berlin mit. ([Manager Magazin](#))

Bürgergeld anstatt Hartz IV?

Es gibt Neuigkeiten zum Bürgergeld, welche Hartz IV in der Zukunft ablösen soll. Die wichtigsten geplanten Neuerungen gab nun Arbeitsminister Hubertus Heil bekannt: Dazu zählt eine neue Karenzzeit für Wohnen und Vermögen. In den ersten beiden Jahren werden Leistungen gewährt, wenn kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, das mit 60.000 Euro beziffert ist. Zusätzlich wird das Schonvermögen erhöht. Neu ist außerdem die sechsmonatige „Vertrauenszeit“, in der Leistungsminderungen bei Pflichtverletzungen ausgeschlossen sind. Neu geregelt werden zudem Leistungsminderungen. Ob das alles so kommen wird, ist noch unklar. Bisher besteht kein Konsens unter den Koalitionspartnern. Mehr dazu hier. ([Welt Online](#))